

Der Rentierstaats-Ansatz und das Problem abweichender Fälle

Der in den 1980er Jahren entwickelte Rentierstaats-Ansatz hat die Diskussion über die sozioökonomische und -politische Entwicklung des Vorderen Orients geprägt und einen substanzuellen Erklärungsbeitrag zum »Sonderweg« dieser Weltregion erbracht, die nur in geringem Maße an den globalen Phänomenen der Globalisierung und Demokratisierung teilnimmt. Freilich haben sich viele Studien, die sich auf den Rentierstaats-Ansatz stützen, zu stark auf die Analyse positiver Fälle konzentriert und sind der Kritik ausgewichen, dass es Rentierstaaten gebe, deren ökonomischer und/oder politischer Entwicklungsweg nicht den Prognosen des Rentierstaats-Ansatzes entspreche. Der Aufsatz überprüft diesen Vorwurf eingehend, indem er mutmaßlich abweichende Fälle innerhalb wie außerhalb der Region des Vorderen Orients auf die aufgeworfenen kritischen Fragen hin untersucht (insbesondere Algerien, Botsuana, Irak, Iran, Israel, Südkorea, Taiwan und Venezuela). Es wird gezeigt, dass sich der Ansatz keinem gravierenden Problem abweichender Fälle ausgesetzt sieht. Zugleich wird ein Weg seiner Weiterentwicklung aufzuzeigen versucht, indem systematisch drei intervenierende Variablen identifiziert und diskutiert werden.

1. Einleitung¹

Nachdem der Rentierstaats-Ansatz in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ein eher beschauliches Dasein in eng begrenzten Wissenschaftskreisen führte, weckt er angesichts drastisch gestiegener Erdölpreise zu Beginn des 21. Jahrhunderts neues Interesse, das über akademische Zirkel hinausgeht. Die Brisanz des Erdölthemas verlangt auch nach einer Erklärung der autoritären Herrschaftssysteme und ineffizienten Wirtschaftsstrukturen in jener Weltregion, in der sich die Erdöllagerstätten ballen und, wie die Süddeutsche Zeitung titelte, deren »Staaten in Rente« (Zekri 2006) sind, d. h. durch Einkommen geprägt werden, denen keine Investitions- und Arbeitsleistungen des Empfängers gegenüberstehen.

Der vorliegende Aufsatz greift die Brisanz des Themas auf, indem er an einem dezidiert akademischen Problem ansetzt: Der Rentierstaats-Ansatz ist auf den Populäritätsanstieg, den er bei Analysen über den Vorderen Orient sowie vergleichenden regionalwissenschaftlichen Studien zu gewärtigen hat, insofern nicht gut vorbereitet, als theoretische Probleme, die in kritischer Perspektive bereits in den 1990er

1 Für zahlreiche hilfreiche Hinweise und konstruktive Kritik danke ich den anonymen Gutachterinnen und Gutachtern der ZIB, meinen Kollegen Matthias Basedau, Bert Hoffmann, Peter Mayer, Heiko Schuß und Christian von Soest sowie dem Redaktionsteam der ZIB.

Jahren aufgeworfen wurden, nach wie vor einer wissenschaftlichen Aufarbeitung harren. Im Zentrum dieses Aufsatz steht einer der zentralen Vorwürfe, die gegen den Rentierstaats-Ansatz erhoben werden: Er sehe sich mit einem gravierenden Problem abweichender Fälle konfrontiert. Um diesen Vorwurf zu prüfen, soll – nach einer im zweiten Abschnitt zu leistenden generellen Darstellung der Leistungsfähigkeit des Ansatzes – im dritten Abschnitt das Problem abweichender Fälle aus theoretischer und im vierten aus empirischer Perspektive beleuchtet werden. Da der Rentierstaats-Ansatz seinem Anspruch nach universell ist, kann und soll hierbei keine Beschränkung auf mutmaßlich abweichende Fälle aus der arabischen Welt wie dem Irak und Libyen sowie Iran erfolgen; vielmehr müssen auch die einschlägigen Kandidaten in Lateinamerika, dem nicht-muslimischen Asien und dem subsaharischen Afrika beleuchtet werden. Venezuela wird in der wissenschaftlichen Literatur zu Recht als der einschlägige lateinamerikanische Fall betrachtet, denn hier kam es in einem Erdölrentierstaat zu einer Demokratisierung. Im nicht-muslimischen Asien gibt es historisch mit Israel, Südkorea und Taiwan insgesamt drei Länder, die zeitweilig Empfänger hoher politischer Renten waren und dennoch entwicklungspolitische Erfolgsgeschichten schrieben; im israelischen Fall wurde darüber hinaus während einer Phase hohen Rentenbezugs eine Demokratie etabliert. Wie dies auch im Vorderen Orient der Fall ist, bestätigt die Entwicklung etlicher Rentiers im subsaharischen Afrika die Prognosen des Rentierstaats-Ansatzes. Mit Botsuana existiert aber ein prominenter Fall, der den Ansatz aufgrund der demokratischen und entwicklungspolitisch progressiven Entwicklung vor eine echte Herausforderung stellt, die im vorliegenden Beitrag angenommen werden soll.

Mit einem Beitrag zur Erledigung der überfälligen Hausaufgaben des Rentierstaats-Ansatzes verbindet sich auch die Aussicht, die aktuelle Diskussion über die These vom Ressourcenfluch zu bereichern, denn im Unterschied zu vielen anderen Rohstoffen, deren gehäuftes Vorkommen eher zu politischer Instabilität und gesellschaftlicher Gewalt beiträgt, ist dies beim Erdöl aufgrund der staatlichen Monopolisierung der Förderung grundlegend anders (vgl. Ross 2004; Ron 2005).² Methodisch basiert der Aufsatz zum einen darauf, den Rentierstaats-Ansatz insofern einem harten Test zu unterziehen, als seine Hypothesen dezidiert stark formuliert werden. Nachdem gezeigt ist, dass trotz der harten Prüfungsbedingungen wesentliche Fälle nicht abweichen, sollen zum anderen bei den tatsächlich abweichenden Fällen unter Nutzung der *ceteris paribus*-Klausel intervenierende Variablen identifiziert werden. Deren Bedeutung soll im fünften Abschnitt gebündelt diskutiert werden. Dabei wird sich Gelegenheit bieten, eine Brücke zurück zu politisch aktuellen Fragen zu schlagen: Eine zentrale intervenierende Variable – die konditionale Vergabe politischer Renten – berührt unmittelbar die aktuelle Debatte über die externe Förderung von Demokratisierungsprozessen im Vorderen Orient, wie sie sich seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 entwickelt hat. Im sechsten Abschnitt werden die Ergebnisse der Ana-

2 Für eine kritische Auseinandersetzung mit der These vom »Ressourcenfluch« vgl. Matthias Basedau (2005).

lyse zusammengefasst. Durch die Präsentation eines kritischen Hypothesentests strebt der vorliegende Beitrag eine Ergänzung zu Forschungsdesigns an, die sich, wenngleich im Einzelnen in sehr unterschiedlicher Weise, an der Analyse positiver Fälle orientieren.³

2. Zur Leistungsfähigkeit des Rentierstaats-Ansatzes im Vorderen Orient

Der Rentierstaats-Ansatz kann für sich beanspruchen, in den 1990er Jahren zu einem zentralen Paradigma für die theoriegeleitete sozioökonomische und -politische Analyse von Systemen des Vorderen Orients aufgestiegen zu sein.⁴ Sieht man von einigen wichtigen Vorläufern ab, insbesondere Hossein Mahdavi (1970) und Jacques Delacroix (1980), wurde der Rentierstaats-Ansatz von einer von Hazem Beblawi und Giacomo Luciani (1987) unter dem programmatischen Titel »The Rentier State« herausgegebenen Aufsatzsammlung begründet.⁵ Kurz zusammengefasst lauten die beiden zentralen Thesen des Rentierstaats-Ansatzes, dass es in Staaten mit hohem Rentenbezug zum einen zur Vertiefung wirtschaftlich ineffizienter und zum anderen zur Festigung autoritärer Strukturen kommt (Elsenhans 1981: Teil 1; Schmid 1991: Kap. 4).

Angestoßen wurde der Ansatz nicht durch eine Diskussion theoretischer Probleme, sondern empirischer Beobachtungen. Im Zuge der Erdölrevolution Anfang der 1970er Jahre rückte ein Regimetyp in den Blickpunkt, der sich auf den Zufluss einer externen Ressource, der Erdölrente, stützte. Wie bereits von Bahgat Korany (1986) herausgearbeitet worden ist, bildete die Erdölrevolution Anfang der 1970er Jahre indes nicht nur den Ausgangspunkt für eine tiefgehende Prägung der erdölexportierenden Staaten im Golf und in Nordafrika, sondern erfasste praktisch die gesamte Region des Vorderen Orients in Form des »Petrolismus«. Ein Teil der Erdöleinnahmen floss nämlich qua politischer Renten und Transferzahlungen an die arabischen Staaten mit geringen oder keinen Erdöleinnahmen. Durch diese insbesondere von Saudi-Arabien und Kuwait betriebene Alimentierung sollte die Politik jener Regime, die noch kurz zuvor in der Ära des vom ägyptischen Präsidenten Gamal Abd al-Nasir geprägten Panarabismus im Vorderen Orient das westfälische Prinzip in Frage gestellt und aktiv Versuche einer politischen Umwälzung der Golfmonarchien betrieben hatten, in konservative Bahnen gelenkt und so für politische Stabilität in der Region gesorgt werden.

-
- 3 Neben den Beiträgen in Hazem Beblawi und Giacomo Luciani (1987) sind hier als Meilensteine der Forschung hervorzuheben: Hartmut Elsenhans (1981), der einen umfassenden entwicklungspolitischen Rahmen steckt, sowie Claudia Schmid (1991), die eine ideengeschichtliche und begriffliche Verortung des Ansatzes leistet, und Peter Pawelka (1993), der die Entwicklung von Rentierstaatlichkeit am Beispiel des Vorderen Orients sozialhistorisch einbettet.
- 4 Für die Zwecke dieses Beitrages ist die Region des Vorderen Orients als die arabische Welt plus Iran und Israel definiert.
- 5 Als nach wie vor weitgehend gültiger Beitrag zum *state of the art* kann der von Andreas Boeckh und Peter Pawelka (1997) herausgegebene Sammelband gelten.

Eine Rente ist ein Einkommen, dem keine Arbeits- und Investitionsleistung des Empfängers gegenübersteht (Chatelus/Schemeil 1984: 255; Buchanan 1980: 3; Schmid 1991: Kap. 3). Bei den Erdölleinnahmen der Golfstaaten handelt es sich ganz überwiegend um ökonomische Renten, weil die Regime der Golfregion und Nordafrikas den geologischen Zufall ergiebiger und mit niedrigen Produktionskosten zu fördernder Energiequellen nutzten und durch organisatorische Leistungen, d. h. eine Produktionsbeschränkung im Rahmen der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC), in Wert zu setzen verstanden. Alan Richards und John Waterbury (1996: 55-57) haben errechnet, dass es für Saudi-Arabien noch rentabel wäre, sein Leichtöl für einen US-Dollar pro Fass auf dem Markt zu verkaufen. Selbst im Sommer 1986, als der Erdölpreis kurzzeitig auf acht US-Dollar gefallen und damit auf seinen tiefsten Punkt seit 1973 gesunken war, belief sich der Rentenanteil demnach noch auf über vier Fünftel. Auch zwischenstaatliche Budgetüberweisungen sind unstrittig Renten – es handelt sich um politische Renten –, denn ihnen stehen nur politische und/oder strategische, nicht aber produktive Leistungen im kapitalistischen Sinne gegenüber (Beck 2002: 103-105).

Die für die politikwissenschaftliche Analyse zentrale Idee des Rentierstaats-Ansatzes lautet, dass Renten dem Empfänger (unter sonst gleichen Bedingungen) zur freien Disposition stehen. Dies liegt darin begründet, dass ein Rentier im Unterschied zu einem kapitalistischen Unternehmen keinem Konkurrenzdruck unterliegt, sodass der zukünftige Bezug der Rente nicht daran gebunden ist, dass sie zu einem Großteil reinvestiert wird. Hieraus leitet der Rentierstaats-Ansatz zwei weit reichende Thesen ab, eine zur sozioökonomischen und eine zur politischen Entwicklung autoritärer Systeme. Zum einen blockieren Renten die sozioökonomische Entwicklung, da die Empfänger von Renten nicht dem Zwang unterliegen, diese zugunsten der Erzeugung sich selbst tragenden Wachstums zu investieren, vielmehr können sie diese – außer zur »Selbstprivilegierung« – zur Absicherung ihrer Position als herrschaftspolitisch dominanter »Staatsklasse« verwenden (Elsenhans 1981: Teil 5). Dies wiederum stärkt – zum anderen – autoritäre Herrschaftsstrukturen. Da der Rentierstaat nicht oder nur in geringem Maße auf die Besteuerung der Gesellschaft angewiesen ist, besitzt diese keinen Angriffshebel, den Staat zur Gewährung von Partizipationsrechten zu zwingen; vielmehr alimentiert der Staat gesellschaftliche Gruppen, sodass es zu deren »Depolitisierung« kommt (Luciani 1987: 73; Najmabadi 1987).

Ob und wie stark sich die vom Rentierstaats-Ansatz prognostizierten Wirkungen entfalten, hängt wesentlich von der Höhe des Rentenflusses ab. Lucianis (1987: 70) einflussreicher Definition zufolge erfordert die Qualifikation als Rentierstaat, dass sich das Staatsbudget zu mindestens 40% aus Renten zusammensetzt. Gregory Gause III (1995: 291) schlägt vor, zwischen Rentiers hohen und mittleren Grades zu unterscheiden: Erstere beziehen über die Hälfte ihrer Staatseinnahmen aus Rentenquellen, Letztere zu mindestens einem Fünftel. Zwar lässt sich das Problem der Willkür prinzipiell nicht vollständig befriedigend eliminieren, geht man aber von in den 1980er und 1990er Jahren erstellten Studien aus, bei denen sich die Hypothesen des Ansatzes bewährt haben, und ermittelt die quantitative Bedeutung, die der Rente

in diesen Fällen zugekommen ist, erscheint es sinnvoll, zwischen drei Typen von Rentiers zu unterscheiden: Staaten, deren Rentenanteil am Staatsbudget mindestens 40 bis 50% beträgt, sind Rentiers starker Ausprägung (insbesondere die Golfstaaten). Bei ihnen erwartet der Ansatz, dass die Thesen in vollem Umfang zutreffen. Rentiers mittlerer Ausprägung sind solche, bei denen sich der Rentenanteil am Budget auf mindestens 30 bis 40% beläuft (beispielsweise Algerien und Jordanien in den 1970er Jahren). Rentiers mittlerer Ausprägung sind zur Deckung ihrer Einnahmen partiell auf die Besteuerung der Gesellschaft angewiesen, weshalb sie begrenzte ökonomische und politische Liberalisierungen zulassen müssen, ohne damit freilich Transformationsprozesse hin zu marktwirtschaftlichen und demokratischen Systemen in Gang zu setzen. Rentiers schwacher Ausprägung weisen einen Rentenanteil am Staatsbudget von mindestens 20% auf (etwa Jordanien und Ägypten in den 1980er Jahren). Auch für diese Systeme erwartet der Rentierstaats-Ansatz die Stärkung autoritärer Herrschaftsstrukturen und ineffizienter Wirtschaftssysteme. Er geht aber auch davon aus, dass die Staatsbürokratien einer erhöhten »Gefahr« unterliegen, auf Krisen durch Reformprozesse zu reagieren, in deren Rahmen sich systemwidrige (d. h. den Hypothesen des Rentierstaats-Ansatzes widersprechende) Strukturen entwickeln können (Beck 2002: 142-146).

3. Das Problem abweichender Fälle aus theoretischer Perspektive

Mithilfe des Rentierstaats-Ansatzes ist es möglich, einen substanziellen Erklärungsbeitrag zum weithin anerkannten Sonderweg des Vorderen Orients zu leisten, der sowohl von der weltweiten Demokratisierungswelle, die seit der portugiesischen »Nelkenrevolution« von 1974 beobachtbar ist, als auch von der seit den 1980er Jahren beschleunigten Globalisierung in den Bereichen Ökonomie und Kommunikation nur in geringem Maße erfasst worden ist (Beck 2003). Die empirische Relevanz des Ansatzes ist auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts ungebrochen – weder die arabischen Länder noch Iran weichen von den Prognosen des Rentierstaats-Ansatzes ab. Dass dieser Befund vor dem Hintergrund rückläufiger Renteneinnahmen in Folge der gesunkenen Erdölpreise in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erfolgt, stellt für den Ansatz weder in theoretischer noch empirischer Hinsicht ein substanzielles Problem dar: Zum einen waren die Rentenflüsse im Vorderen Orient auch nach 1980 im globalen Vergleich exorbitant hoch. Zum anderen bringt die Invarianz der abhängigen Variablen – die Fortexistenz autoritärer Herrschaftssysteme zum einen und wirtschaftlich ineffizienter Strukturen zum anderen – den Rentierstaats-Ansatz nicht ins Wanken: Zwar postuliert dieser, dass Rentierstaaten durch sinkende Renteneinnahmen unter Druck geraten (was im Vorderen Orient in den letzten beiden Dekaden des 20. Jahrhunderts auch der Fall war), behauptet aber nicht, dass dies zu einem Regimewandel führen muss. Dies wäre ein Fehlschluss (im Sinne einer Affirmation der Konsequenz), weil der Rentierstaats-Ansatz nicht postuliert, dass ein aktuell hoher Rentenfluss der einzige Faktor ist, der autoritäre und ökonomisch defizitäre Strukturen befördert (vgl. Luciani 1995: 211f).

Diese Bilanz enthebt den Rentierstaats-Ansatz freilich nicht der Auseinandersetzung mit fundierter theoretischer Kritik: Gerade vor dem Hintergrund der zu Beginn des 21. Jahrhunderts stark gestiegenen Erdölpreise und der damit zu erwartenden Popularisierung des Rentierstaats-Ansatzes zur Erklärung politischer und sozioökonomischer Strukturen im Vorderen Orient gilt es theoretische Arbeit zu leisten, die das sozialwissenschaftliche Fundament des Ansatzes jenseits des Auf und Ab modischer Trends stärkt. Das hier zu behandelnde gravierende theoretische Problem, dem sich der Rentierstaats-Ansatz ausgesetzt sieht, röhrt daher, dass er sich bisher stark auf die Analyse positiver Fälle vor allem im Vorderen Orient konzentriert hat. Terry Lynn Karl (1997) hat ihre Studie über das Paradoxon von Ressourcenreichtum und Unterentwicklung zwar empirisch auf den lateinamerikanischen Fall Venezuelas fokussiert. Das tiefer liegende Problem der vorherrschenden Behandlung positiver Fälle ist damit aber nicht gelöst. Fruchtbare Versuche, den Rentierstaats-Ansatz aus seinem Ghetto positiver Fälle zu befreien, verdankt die Sozialwissenschaft in jüngerer Zeit vor allem Arbeiten, die auf quantitativen Methoden beruhen (Ross 2001). Dagegen herrscht ein eklatanter Mangel an qualitativer Forschung, die sich mit den in der wissenschaftlichen Literatur an prominenter Stelle erhobenen Vorwürfen auseinandersetzt, dass der Rentierstaats-Ansatz einem gravierenden Problem abweichender Fälle ausgesetzt sei.⁶

Der Vorwurf, dass sich der Ansatz nicht mit abweichenden Fällen beschäftigt, wiegt schwer, denn dieser ist seinem Wesen nach nicht auf die Region des Vorderen Orients beschränkt. Selbst wenn es gelingt zu zeigen, dass die vom Rentierstaats-Ansatz fokussierte unabhängige Variable mit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Vorderen Orients korreliert, ist das kein befriedigendes Ergebnis, solange die Kritik im Raum steht, dass die Anwendbarkeit auf diese Weltregion begrenzt bleibt. Wäre dem so, läge nämlich erstens der Verdacht nahe, dass die unabhängige Variable des Rentierstaats-Ansatzes zwar mit der Entwicklung im Vorderen Orient harmoniert, diese aber nicht erklärt. Zweitens wäre der Rentierstaats-Ansatz konkurrierenden Ansätzen unterlegen, die ihre Variablen gleichsam aus Faktoren beziehen, welche den Vorderen Orient von vornherein gegenüber allen anderen Weltregionen auszeichnen. Mit anderen Worten, wenn die Vertreter und Vertreterinnen des Rentierstaats-Ansatzes nicht zeigen können, dass sich ihr Problem abweichender Fälle auf das bei sozialwissenschaftlichen Ansätzen übliche Niveau beschränkt, dann sind sie Ansätzen unterlegen, die den Islam als zentralen Erklärungsfaktor für die Entwicklung des Vorderen Orients modellieren (vgl. Gellner 1992: 7, 20f; Tibi 1985: 21, 214, 235-246). Dies gilt selbst dann, wenn dem Rentierstaats-Ansatz kaum abgesprochen werden kann, dem kulturalistischen Ansatz methodologisch prinzipiell überlegen zu sein: Unabhängige und abhängige Variable lassen sich beim Rentierstaats-Ansatz klar trennen und sind einer Quantifizierung zugänglich, sodass das Tautologieproblem vermieden sowie Schwierigkeiten der Messbarkeit der Variablen gelöst werden können (Beck 2002: 99-103).

6 Siehe Bromley (1994: 96); Brynen et al. (1995: 16); Davis (1991: 10); Neelsen (1997); Waterbury (1994: 29f).

Im Folgenden soll deshalb geprüft werden, ob sich der Rentierstaats-Ansatz tatsächlich einem ausgeprägten Problem abweichender Fälle ausgesetzt sieht. Die beiden Hypothesen des Rentierstaats-Ansatz sollen hierzu einem harten Test unterzogen werden, d. h. es wird darauf verzichtet, die zwei Thesen des Rentierstaats-Ansatzes bereits vor der Konfrontation mit der Empirie mutmaßlich abweichender Fälle zu relativieren. In der Literatur zum Rentierstaats-Ansatz gibt es zahlreiche Versuche, sich (implizit) die *ceteris paribus*-Klausel zunutze zu machen und die Thesen des Rentierstaats-Ansatzes unter Berücksichtigung intervenierender Variablen weicher zu formulieren, als dies hier geschieht.⁷ Die dem vorliegenden Beitrag zugrundeliegende Forschungsstrategie besteht aber gerade darin, etwaige Probleme des Rentierstaats-Ansatzes nicht theoretisch wegzudiskutieren – vielmehr sollen auf der Basis einer Identifikation von Systemen mit hohen Renteneinnahmen, deren Entwicklung mutmaßlich von einer oder beiden der hart formulierten Hypothesen des Rentierstaats-Ansatzes abweicht, in systematischer Weise Variablen ermittelt werden, die zwischen abhängiger und unabhängiger Variable des Rentierstaats-Ansatzes intervenieren (vgl. Eckstein 1975: 127).

4. Das Problem abweichender Fälle aus empirischer Perspektive

In der Literatur zum Rentierstaat im Vorderen Orient finden sich zwei prominente Argumentationen, die den Ansatz kritisieren, indem sie auf abweichende Fälle verweisen. Eine erste derartige Kritik formuliert Eric Davis (1991: 10), der moniert, dass es in einigen Systemen mit hohem Rentenfluss zu politischen Umstürzen gekommen ist, obwohl die Höhe der Rente für die Errichtung einer stabilen Herrschaft hätte ausreichen müssen (siehe Abschnitt 4.1). Rex Brynen, Bahgat Korany und Paul Noble (1995: 16) führen einen zweiten Einwand an, indem sie darauf verweisen, dass es mit Venezuela einen Fall gibt, in dem ein Erdölröntier eine demokratische Regierungsform annahm. Offensichtlich ist Israel ein weiterer Fall, der zu berücksichtigen ist, denn obwohl der jüdische Staat vor allem in den 1950er Jahren Empfänger politischer Renten in großer Höhe war, entwickelte er sich zu einer Demokratie. Auch im subsaharischen Afrika findet sich ein demokratischer Staat, dessen Einnahmen durch Renten geprägt sind: Botswana. Deshalb erfolgt eine Auseinandersetzung mit der Frage von Demokratisierungen rentistischer Systeme (Abschnitt 4.2). Auf der Folie der entwicklungspolitischen Diskussion springt ein dritter gegen den Rentierstaats-Ansatz gerichteter Kritikpunkt ins Auge: Mit Israel, Südkorea und Taiwan existieren drei Länder, die in den 1950er Jahren hohe politische Renten erhielten und dennoch außergewöhnliche entwicklungspolitische

7 Eine alternative produktive Strategie, den anstehenden Herausforderungen des Ansatzes zu begegnen, besteht in einer konzeptionellen Erweiterung, wie dies bei Elsenhans (2001, 2005) durch die Platzierung des Rentenbegriffs in der Globalisierungsdebatte und bei Rachid Ouassa (2005: 44f) durch die Verknüpfung des Begriffs der Rente mit dem des sozialen, kulturellen und symbolischen Kapitals auf der Basis der Theorie Pierre Bourdieus geschieht.

Erfolgsgeschichten schrieben, indem sie Wirtschaftssysteme ausbildeten, die zu den modernsten weltweit gehören. Auch in Botswana wurden Renteneinnahmen für eine progressive Entwicklungspolitik genutzt. Deshalb schließt das vierte Kapitel mit einer Diskussion über ökonomische Erfolgsgeschichten rentierstaatlicher Systeme (Abschnitt 4.3).

4.1. Zur Frage der Stabilität

Davis führt als Belege für seiner These, dass die Instabilität mancher rentistischer Systeme dem Rentierstaats-Ansatz widerspreche, die »Revolutionen von oben« (Trimberger 1978) im Irak (1958) und in Libyen (1969), den Umsturz in Iran (1979), der sowohl Elemente einer Revolution von oben als auch von unten aufweist, sowie die abgebrochene politische Revolution in Algerien (1991/92) an. Dies ist eine komplette Liste all jener Fälle des Vorderen Orients, bei dem es zur Revolution kam, *nachdem* der Rentenfluss bereits ein hohes Ausmaß angenommen hatte. Außerhalb des Vorderen Orients findet sich mit Venezuela ein prominenter weiterer Fall dieser Art, auf den in Abschnitt 4.2 einzugehen sein wird.

4.1.1. Irak 1958: Ablösung einer traditionalen Staatsbürokratie durch eine moderne Staatsklasse

Im Irak und in Libyen wurden relativ kurz nach Beginn eines starken Rentenflusses traditionale Staatsbürokratien, die zur Anpassung ihrer Legitimationsstrategie an die Rentenflüsse unfähig waren, durch Staatsklassen abgelöst, deren Allokationspolitik alle strategischen Gruppen erfasste, wodurch der Grundstein einer aus Perspektive der herrschenden Schichten erfolgreichen Depolitisierung gelegt wurde. Dies sei exemplarisch am ebenso prominenten wie gut dokumentierten irakischen Fall demonstriert.⁸

Aufgrund der umfangreichen, detaillierten Studie von Hanna Batatu (1978: 106f) ist die Genese des Irak zum Rentier genau nachvollziehbar: Der Anteil der Ölrente am irakischen Staatsbudget überschritt erstmals 1949 die Marke von 10%, 1950 waren es knapp über 15%, 1951 bereits annähernd 30%, 1952 47% und 1953 fast 64%. Der Irak, dessen Erdölrevenuen zum ersten Mal 1931 einen signifikanten Teil des Staatsbudgets ausmachten (Batatu 1978: 106), war also bereits 1951 ein Rentierstaat schwächer bis mittlerer und spätestens 1953 ein Rentierstaat starker Ausprägung.

Die irakische Monarchie war überfordert, die plötzlich in hohem Maße von außen einfließenden Ressourcen herrschaftspolitisch rational zu verwenden: Zwei Drittel der Rente flossen in den Agrarsektor, der von einer kleinen Schicht von Großgrund-

8 Für Libyen, das erst 1961/62 in größerem Umfang Erdöl förderte und dessen Produktion als erstes Land überhaupt in weniger als fünf Jahren auf über eine Million Fass pro Tag gesteigert wurde, vgl. Mansour El-Kikhia (1997: 81) sowie Ruth First (1980).

besitzern beherrscht wurde (Pawelka 1993: 83). Diese Gruppe war nicht in der Lage, die ländlichen Massen politisch zu kontrollieren, stattdessen setzte eine starke Landflucht ein (Farouk-Sluglett/Sluglett 1991: 41-46; vgl. Batatu 1978: 34, 282f, 1116). Die daraus resultierende Instabilität nahm 1958 eine Gruppe hochrangiger Offiziere zum Anlass, die Monarchie zu beseitigen. Die Revolutionäre etablierten ein modernes staatsbürokratisches Rentiersystem, das die Ölrente herrschaftspolitisch effektiv zur Depolitisierung der Gesellschaft einsetzte (Pawelka 1993: 83-86).

Die Revolutionen in Libyen und im Irak stellen die Thesen des Rentierstaats-Ansatzes nicht in Frage, weil dieser nicht behauptet, dass traditionale Regime notwendigerweise die Anpassungsfähigkeit besitzen, einen »plötzlichen Rentensegen« herrschaftspolitisch effektiv einzusetzen. Gegebenenfalls ist dies erst nach der Konsolidierung einer (politischen) Revolution zu erwarten, und diese Bedingung ist in den vorliegenden Fällen erfüllt.⁹

4.1.2. Algerien 1991/92: Systemkrise als Folge schwindender Renten

Ganz anders als im irakischen Fall geriet in Algerien in den 1980er Jahren eine »erfahrene« Staatsklasse in eine tiefe Krise, wodurch erstmals in der Geschichte der arabischen Welt zentrale Voraussetzungen für eine mögliche Transformation eines autoritären Systems in eine Demokratie gegeben waren. Die Systemkrise konnte vom herrschenden Regime nur im Rahmen einer der blutigsten Bürgerkriege in der arabischen Geschichte, der durch die Annexionierung der von der Islamischen Heilsfront (FIS) gewonnenen Wahlen von 1991 eingeleitet wurde, überwunden werden. Die Systemkrise war das mittelfristige Resultat einer umfassenden Liberalisierungspolitik, die Anfang der 1980er Jahre als rein wirtschaftliche Öffnung in Angriff genommen worden war, dann aber von Präsident Chedli Benjedid durch eine gegen die Etatisten innerhalb der Staatsklasse gerichtete politische Liberalisierung flankiert wurde. Diese Öffnungspolitik, deren Kontrolle der Staatsklasse Anfang der 1990er Jahre entglitt, war vom Regime als Krisenmanagement gegen die zu Beginn der 1980er Jahre drastisch sinkenden Erdölpreise lanciert worden. In Algerien war es infolge des massiven Rückgangs der Renteneinnahmen rasch zu einer manifesten Finanzkrise gekommen, weil die etatistischen Segmente innerhalb der Staatsklasse eine Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds torpediert hatten. Im Gegensatz zu seinen Nachbarn in Marokko und Tunesien sah sich Algerien somit gezwungen, auf dem freien Markt Kredite zu harten Konditionen aufzunehmen, und geriet so in eine Verschuldungskrise (Beck/Schlumberger 1999: 17f).¹⁰

Während in der libyschen und irakischen Revolution eine vom Rentenfluss »überforderte« Staatsbürokratie durch ein modernes staatsbürokratisches Regime abgelöst

9 Bleibt diese Konsolidierung aus, kann der Staat, wie John Mbaku und Chris Paul (1989: 73f) am Beispiel des subsaharischen Afrikas der 1950er bis 1980er Jahre zeigen, wiederholt zur Beute rentensuchender Gruppen werden.

10 Vgl. ausführlicher John Entelis (1980: 117-122), Alan Richards und John Waterbury (1996: 229-233) sowie Werner Ruf (1997: Kap. 3-4, 6).

wurde, war die Systemkrise in Algerien Folge eines massiven Rentenrückgangs, für deren Eintritt der Rentierstaats-Ansatz aber gerade keine Stabilität annimmt. Alle drei Fälle greifen also die Grundfesten des Rentierstaats-Ansatz nicht an, weshalb unter dem Aspekt der Stabilität lediglich die Iranische Revolution als Herausforderung für den Rentierstaats-Ansatz zu diskutieren bleibt: Hier wurde eine Staatsbürokratie hinweggefegt, deren herrschaftspolitische Erfahrung deutlich größer war als die der irakischen und algerischen Führung und die im Gegensatz zum nordafrikanischen Fall durch keine Rentenkrise geschwächt war.

4.1.3. Iran 1979: Ablösung eines staatsbürokratischen Rentiersystems durch ein neues

Nach der Restauration des Schah-Regimes im Jahre 1953 entwickelte sich Iran rasch zu einem Rentierstaat. Gemäß der von Mahdavi (1970: 455) erhobenen und sowohl von Afsaneh Najmabadi (1987: 215) als auch Massoud Karshenas (1990: 82) bestätigten Daten machten ökonomische und politische Renten in Iran bereits 1954 ein Drittel des Staatshaushaltes aus. In der zweiten Hälfte der 1950er sowie im Verlaufe der 1960er Jahre schwankte der Rentenanteil um die 50%, ab den 1970er Jahren überschritt er diese Marge deutlich. Iran war also bereits Mitte der 1950er Jahre eindeutig ein Rentier mittlerer Ausprägung; in den 1960er Jahren begann eine Entwicklung zum Rentier starker Ausprägung, die ihre Blütephase in den 1970er Jahren hatte. Mitten in diese Phase hinein, also deutlich vor Beginn des Erdölpreisverfalls Anfang der 1980er Jahre, kam es zur Iranischen Revolution.¹¹

Die Pahlavi-Dynastie hatte eine insbesondere auf die Oberschichten bezogene Depolitisierungsstrategie verfolgt, in deren Rahmen sie den sozialen Zusammenhalt der ehemals dominanten Schicht der Großgrundbesitzer zerstörte und das gesamte Bürgertum in eine unpolitische Klasse von Reichen verwandelte, die von finanziellen Zuwendungen des Regimes abhängig war (Najmabadi 1987: 218-222). Als eine von der Verteilungspolitik der politischen Elite diskriminierte Allianz aus islamischen Rechtgelehrten (*Ulama*), dem alten Mittelstand (*Bazar*) und den urbanen Marginalisierten (*Mostazafin*) im Verlaufe der 1970er Jahre einen »Staat im Staate« ausbildete und ab 1978 das Regime herausforderte, stand dieses auf tönernen Füßen: Gerade aufgrund der erfolgreichen Depolitisierungsstrategie waren auch die privilegierten Schichten der Gesellschaft weder bereit noch fähig, den Staat zu verteidigen. Ebenso war das Militär einer so effektiven Depolitisierung unterzogen worden, dass es sich als überfordert erwies, die Machtübernahme durch die von Ayatollah Ruhollah Khomeini geeinte Opposition zu verhindern (Beck 1994).

11 Der Versuch, die Iranische Revolution auf moderate Rückgänge der Erdölleinnahmen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zurückzuführen, ist angesichts der extrem hohen Einkommensgewinne zu Beginn der 1970er Jahre wenig überzeugend und entspringt offensichtlich dem Versuch, die iranischen Empirie an die von Theda Skocpol (1979: 19-24) entwickelte Revolutionstheorie anzupassen, die eine externe Schwächung des *ancien régime* als zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Revolution hervorhebt (vgl. Halliday 1988). Dies ist genauso unbillig wie der Versuch, die durch die iranische Entwicklung konstituierte Herausforderung für den Rentierstaats-Ansatz durch eine vermeintliche Rentenkrise Ende der 1970er Jahre hinwegzudiskutieren.

Diese rententheoretische Dialektik erklärt freilich nicht, weshalb die Staatsbürokratie des Pahlavi-Regimes die herrschaftspolitische Gefahr nicht erkannte, die von der Allianz aus *Bazar* und *Ulama* ausging. Neben einer – auch in der wissenschaftlichen Literatur der 1970er und frühen 1980er Jahren verbreiteten – massiven Unterschätzung der revolutionären schiitischen Rechtsgelehrten hinsichtlich ihrer politischen und organisatorischen Fähigkeiten kann ins Feld geführt werden, dass Muhammad Reza Schah Ende der 1970er Jahre den hohen Anforderungen, die das im Zuge der Depolitisierungspolitik immer stärker auf den patrimonialen Herrscher verengte Regime an dessen Kapazitäten stellte, aufgrund seines Gesundheitszustandes nicht mehr gewachsen war (Fatemi 1982; vgl. Bill 1982: 46f).

Es ist allerdings offensichtlich, dass der Rentierstaats-Ansatz selbst keine Erklärung für die Iranische Revolution bereitstellt. Gleichwohl ist zu betonen, dass die Revolution die zentralen Annahmen des Ansatzes auch nicht in Frage stellt. So spricht wenig dafür, Glenn Robinson (1997: 50f) zu folgen und aus dem iranischen Fall ad hoc die Hypothese abzuleiten, dass Rentierstaaten »Papiertiger« seien, denen es an der Fähigkeit mangle, stabile Herrschaften zu errichten. Die meisten Staatsklassen selbst von Rentierstaaten mittlerer und schwacher Ausprägung haben es bewerkstelligt, die Gesellschaft umfassend zu depolitisieren und eine dauerhafte autoritäre Herrschaft zu errichten. Dem Pahlavi-Regime ist dies nicht gelungen – doch der Rentierstaats-Ansatz reklamiert nicht, dass die Staatsbürokratien von Rentierstaaten eine besondere, unerschütterliche Stabilität aufweisen, weshalb der Niedergang einer (letztlich verblüffend) geringen Anzahl von rentistischen Staatsklassen die Grundfesten des Rentierstaats-Ansatzes nicht angreift.

Die Fundamente des Rentierstaats-Ansatzes wären tatsächlich dann in Frage gestellt, wenn das Pahlavi-Regime durch ein demokratisches und/oder entwicklungspolitisch effektives Regime abgelöst worden wäre. Weder das eine noch das andere ist aber der Fall. Ungeachtet dessen, dass sich die neue Elite auch »islamischer« Mittel der Legitimationsbeschaffung bedient, die für Rentierstaaten nicht konstitutiv sind, ist offensichtlich, dass die Islamische Republik Iran ein Staatsklassen-Regime hervorgebracht hat. Entgegen den Absichten einiger Segmente der neuen Staatsbürokratie, sich vom kapitalistischen Weltwirtschaftssystem abzukoppeln, ist es dem neuen Regime nicht gelungen, die Abhängigkeit Irans vom Erdölexport zu reduzieren. Ansätze einer auf die Entwicklung des Binnenmarktes orientierten ökonomischen Reformpolitik, wie sie Lutz Meyer (1985) beschreibt, wichen bald dem für Rentierstaaten typischen Primat der Verteilungspolitik, die in den 1990er Jahren durch eine noch von Revolutionsführer Khomeini kurz vor seinem Tod im Jahre 1989 eingeleitete, zaghafte Liberalisierungspolitik flankiert wurde (Fürtig 1996: 9-17; Gatter 1998: Kap. 3-4). Auch Verlauf und Ausgang der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2005 entsprechen den Erwartungen des Rentierstaats-Ansatzes: Vor dem Hintergrund gestiegener Erdölpreise und des damit verbundenen höheren Verteilungsspielraumes des Regimes konnte Mahmud Ahmadinejad seinen Wahlkampf auf eine »gerechte« Verteilung des Erdölreichtums durch den Staat ausrichten und die Öffnungspolitik der 1990er Jahre sowohl im politischen als auch im ökonomischen Bereich nach seinem Amtsantritt in Frage stellen (Fürtig 2007).

4.2. Demokratische Transitionen von Rentierstaaten?

In den beiden letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts hatte sich (ungeachtet einiger temporärer Hochphasen) der Fluss der ökonomischen und politischen Renten im Vorderen Orient deutlich reduziert. Nicht zuletzt von einigen Vertreterinnen und Vertretern des Rentierstaats-Ansatzes ist deshalb zumindest für die Rentierstaaten mittlerer und schwacher Ausprägung eine demokratische Transition als realistisches Szenario diskutiert worden (Luciani 1995: 211f). Bei den empirischen Analysen ist allerdings häufig nicht nur vorschnell von Maßnahmen der Liberalisierung auf Demokratisierungsprozesse geschlossen, sondern auch das Beharrungsvermögen des autoritären Rentierstaates unterschätzt worden. Wie Eberhard Kienle (1998: 219f) am Fall Ägypten herausarbeitet, ließen sich im globalen »Ballungszentrum« der Rentiersysteme, im Vorderen Orient, in den 1990er Jahren sogar Trends einer neuen Phase der Deliberalisierung beobachten.

Nicht nur im Vorderen Orient, sondern auch im globalen Maßstab gibt es nur einige wenige Rentierstaaten, in denen sich Demokratien entwickelt haben. Zwar bildet Europa insofern eine Ausnahme, als dessen einziger voll ausgebildeter Rentierstaat – Norwegen¹² – demokratisch regiert wird.¹³ Allerdings war der skandinavische Staat bereits vor Aufnahme der kommerziellen Erdölförderung Anfang der 1970er Jahre eine konsolidierte Demokratie und fällt somit im strengen Sinne nicht unter jene Fälle, mit denen sich der Rentierstaatsansatz beschäftigt, da dieser nach der Festigung autoritärer Strukturen durch Renten, nicht aber deren Wirkung in demokratischen Systemen fragt.¹⁴ Gleichwohl gibt es drei historisch bedeutsame Fälle, in denen Staaten, deren politische Eliten Empfänger hoher Renten waren, Demokratien ausbildeten, nämlich Israel, Botswana und Venezuela.

4.2.1. Israel in den 1950er Jahren: Zeitlich begrenzter Rentenfluss und demokratische Orientierung

Israel ist in den Forschungsarbeiten des Rentierstaats-Ansatzes vernachlässigt worden, was insofern angemessen ist, als der jüdische Staat zwar zu den größten Empfängern offizieller Hilfszahlungen (pro Einwohner) gehört, deren Anteil am Staatsbudget sich aber seit Jahrzehnten weit unter dem Niveau eines Rentierstaats bewegt.

12 Der Anteil der Erdölneinnahmen am norwegischen Staatsbudget bewegte sich offiziellen Angaben des Norwegischen Finanzministeriums (2005) zufolge in den Jahren 2003 bis 2005 zwischen 27 % und 34 %.

13 Durch die gestiegenen Weltenergiepreise erscheint auch eine Analyse Russlands mithilfe von Theorien interessant, die die Kategorie der Rente in den Mittelpunkt stellen.

14 Allerdings erscheinen Vergleiche fruchtbar, wobei sich im entwicklungsrechtlichen Bereich die Bearbeitung der Frage aufdrängt, welche Faktoren genau dafür verantwortlich sind, dass in demokratischen Industrieländern rentenpolitische Defekte, wie sie in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur als »holländische Krankheit« firmieren, beseitigt oder zumindest entscheidend gemildert werden konnten, während dies in autoritären Rentierstaaten kaum der Fall war (Beck 2002: 146f; für einen Vergleich Norwegens mit Nigeria vgl. Brandt 2005).

Zwischen 1949/50 und 1957/58 indes belief sich der Anteil der Renten am Staatsbudget stets über 20%, phasenweise sogar über 30%. Erst danach fiel der Rentenanteil am Haushalt auf deutlich unter 20% ab (Halevi/Klinov-Malul 1968: 188). Im ersten Jahrzehnt seiner Existenz erfüllte Israel also die Kriterien eines Rentiers schwacher Ausprägung (Beck/Schlumberger 1999: 78f).

Bei Rentiers schwacher Ausprägung ist die aus dem Rentierstaats-Ansatz ableitbare Erwartung, dass autoritäre Strukturen zementiert werden, zwar geringer als bei einem Rentier mittlerer oder gar starker Ausprägung. Gleichwohl aber ist nicht zu bezweifeln, dass die israelische Entwicklung den Rentierstaats-Ansatz vor eine Herausforderung stellt, die nur angegangen werden kann, indem nach dem Einfluss intervenierender Variablen Ausschau gehalten wird. Zwei vom Rentierstaats-Ansatz unberücksichtigte Faktoren drängen sich auf, um zu erklären, weshalb sich Israel zu einer Demokratie entwickelte. Zum einen stand für die israelischen Regierungen in den 1950er Jahren außer Frage, dass der Bezug von Renten auf hohem Niveau nicht von Dauer sein würde, weshalb ein hoher Anreiz bestand, diese in entwicklungspolitisch effektiver Weise zu verwenden, um dafür gerüstet zu sein, den Staatshaushalt in absehbarer Zeit (fast) ausschließlich über Steuern finanzieren zu müssen. Zwar waren die USA bereits seit 1949 ein Rentengeber, aber im ersten Jahrzehnt der Existenz des Staates Israels waren die Hilfs- bzw. Entschädigungszahlungen der Bundesrepublik Deutschland sehr viel bedeutender (Halevi/Klinov-Malul 1968: 163-167; Telhami 1990: 112-114; Barnett 1992: 161-164). Im Wesentlichen wurden die deutschen Zahlungen, deren temporärer Charakter nie außer Frage stand, in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre geleistet (Wolffsohn/Bokovoy 1996: 464-466). Die Rentenzahlungen aus den USA stiegen dann nach dem Sechstagekrieg 1967 exponentiell an, doch in der Zwischenzeit hatte sich Israel längst zu einem demokratischen Steuerstaat entwickelt.

Zum anderen springt ins Auge, dass der »neue Jischuw«, also die in Europa sozialisierte jüdische Gemeinde, auf der Basis der zionistischen Ideologie bereits in der Ära der britischen Mandatsherrschaft in Palästina partizipatorische Strukturen institutionalisiert hatte (Wolffsohn 1983: Kap. 1-3, 36). Trotz Bedingungen, die angesichts der imperialistischen Herrschaft Großbritanniens als widrig anzusehen sind, wurden bereits in den 1920er Jahren die wichtigsten politischen Ämter durch Wahlen bestellt (Wolffsohn/Bokovoy 1996: 55-58, 72-76). Im Unterschied zu Norwegen in den 1970er Jahren befand sich Israel in den 1950er Jahren zwar formal betrachtet wegen der erst im Rahmen des ersten israelisch-arabischen Krieges 1948/49 errungenen Staatlichkeit noch im Prozess der demokratischen Konsolidierung; die Weichen hierfür waren aber längst gestellt.

4.2.2. Botsuana: Politische Rente, Diamantenrente und Demokratie

Prima facie erscheint Botsuana deshalb als ein Paradebeispiel für einen abweichenden Fall, weil der Diamantenabbau einen Rentierstaat starker Ausprägung konstituiert, der demokratischen Charakter besitzt. Die Diamantenindustrie ist nicht nur von überragender Bedeutung für den botsuanischen Export und das Bruttoinlands-

produkt, sondern auch für das Staatsbudget (Maipose 2003; Smoot 2006). In den Jahren 1995 bis 2000 übertraf jener Anteil des Staatshaushaltes, der sich aus der Diamantenförderung speiste, jährlich deutlich die Marke von 40%, 1997/98 waren es sogar über 50% (Jefferis 1999). Wie etwa M.G. Molomo (1998: 199f) und Pauline Peters (1994: 47f) herausarbeiten, hat die politische Elite freilich die Regeln des *good governance* von Anfang an und kontinuierlich seit Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1966 beachtet und die Institutionalisierung partizipatorischer Strukturen auch auf lokaler Ebene gefördert (Parson 1985: 54-56). Die kommerzielle Ausbeutung der 1967 entdeckten Diamantenvorkommen Botsuanas wurde aber erst 1971 aufgenommen. Zwar konnte das anfänglich vergleichsweise bescheiden anmutende Fördervolumen von 2,5 Millionen Karat pro Jahr rasch gesteigert werden, erst 1977 erreichte der Anteil des Diamantenerlöses am Staatsbudget mit 20% aber das Niveau eines Rentiers schwacher Ausprägung (Jefferis 1998: 301). Die Konsolidierung der Demokratie war demnach bereits weitgehend erfolgt, ehe sich Botsuana zum Diamantenrentierstaat entwickelte.

Dennoch handelt es sich aus Sicht des Rentierstaats-Ansatzes um einen abweichenden Fall, denn zum Zeitpunkt seiner Unabhängigkeit wurden über die Hälfte der vom botsuanischen Staat verausgabten Mittel durch Hilfszahlungen aus London gedeckt (Harvey/Lewis 1990: 187f). Durch eine vom Staat vorangetriebene Dynamisierung der Binnenökonomie gelang es allerdings rasch, die externe Abhängigkeit zu senken: Machten die vom Staat intern generierten Einnahmen im Verhältnis zu externen Hilfszahlungen zwischen 1966 und 1968 weniger als 40% aus, so waren es ab 1969 schon über 50%. Bereits im Fiskaljahr 1972/73 konnte der Staat, der seine internen Einnahmen seit der Unabhängigkeit um über 450% zu steigern vermochte, erstmals einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen (Colclough/McCarthy 1980: 99-102).

Das afrikanische Land gibt der sozialwissenschaftlichen Forschung im Allgemeinen und dem Rentierstaat-Ansatz im Besonderen interessante Rätsel auf.¹⁵ Zwei in der Literatur hervorgehobene Charakteristika Botsuanas sind es, die die Abweichung von der Prognose des Rentierstaats-Ansatzes über die politische Entwicklung von Rentiers starker Ausprägung zu erklären helfen. Erstens hat sich die politische Elite stark von den partizipatorischen Werten eines indigenen, vom britischen Imperialismus weitgehend unangetasteten Kommunitarismus leiten lassen (Mogalakwe 1997: 25-28; Maipose 2003; Smoot 2006). Hierfür war u. a. entscheidend, dass aufgrund des geringen britischen Interesses an Botsuana in der Kolonialära im Gegensatz zu vielen anderen Ländern in Afrika (und im Vorderen Orient) keine moderne Schicht von Politik- und Organisationsspezialisten entstanden war, die abgehoben von den Interessen des produktiven Teils der Gesellschaft den Staat für ihre eigenen Interessen hätte instrumentalisieren können (Samatar 1999: 68f). Zweitens signali-

15 Der botsuanische Fall lässt sich mit Demokratietheorien, die ein hohes sozioökonomisches Niveau und/oder eine Aufklärung nach europäischem Vorbild als notwendige Voraussetzung für die Entwicklung demokratischer Strukturen betrachten, nur schwerlich in Einklang bringen, denn das Land gehörte zum Zeitpunkt des demokratischen *take off* zu den ärmsten der Welt und war kaum von westlicher Kultur durchdrungen.

sierte London mit der Entlassung Botsuanas in die Unabhängigkeit nachdrücklich, dass es nicht gewillt war, dessen Staatshaushalt dauerhaft zu finanzieren. Tatsächlich wurden die britischen Hilfszahlungen ab 1970/71 stark und 1972/73 drastisch reduziert (Colclough/McCarthy 1980: 99-103; Samatar 1999: 63). Zwar sprangen andere Geber, insbesondere Schweden, in die Bresche – dabei handelte es sich aber um eine Entwicklung, die für die politische Elite Botsuanas in den 1960er Jahren nicht vorhersehbar war und angesichts der seit den 1970er Jahren prosperierenden Diamantenökonomie von sekundärer Bedeutung für das Staatsbudget bleiben sollte (Colclough/McCarthy 1980: 103f). Ähnlich wie im nun zu diskutierenden Fall Venezuelas eröffnete die Diamantenrente in Botsuana verteilungspolitischen Spielraum, um die Demokratie zu stabilisieren – dies widerspricht jedoch den Prognosen des Rentierstaats-Ansatzes nicht.

4.2.3. Venezuela 1958: Demokratischer Elitenpakt

Eine weitere Herausforderung für den Rentierstaats-Ansatz stellt Venezuela dar. Zwar weist die Entwicklung dieses lateinamerikanischen Landes im 20. Jahrhundert durchaus einige Gemeinsamkeiten mit den orientalischen Rentierstaaten auf: So zeigt der politische Prozess Venezuelas »autoritäre Züge« und die Autonomie des »allmächtigen« Staates ist so hoch, dass er sogar in der Lage war, gesellschaftliche Gruppen zu erzeugen (Boeckh 1988: 640, 646). Weiterhin ist seit der Präsidentschaft Hugo Chávez' eine Verstärkung autokratischer Tendenzen zu beobachten. Dennoch ist nicht zu bestreiten, dass sich in Venezuela 1958 im Gegensatz zu allen arabischen Rentierstaaten eine demokratische Transition Bahn brach (Karl 1987: 63f; Boeckh/Hörmann 1995: 521).

Venezuela bildete als erstes Erdölland überhaupt einen Rentierstaat aus: 1923 machte die Erdölrente erstmals über 5% der Staatseinnahmen aus (McBeth 1983: 111). Ende der 1920er Jahre bewegte sich der Rentenanteil am Staatshaushalt bereits um die 20% (Boeckh 1980: 81; McBeth 1983: 111), und in den 1930er und 1940er Jahren entwickelte sich Venezuela dann allmählich zu einem Rentierstaat starker Ausprägung (Boeckh 1980: 81; Mommer 1983: Kap. 3; Boeckh 1988: 639f, 651). Im Jahre 1958, als es zur demokratischen Transition kam, speisten sich die Staatseinnahmen bereits zur Hälfte aus Erdölleinnahmen (Boeckh 1980: 81; Ewell 1984: 229). Karl (1987) hat in ihrer Analyse den Zusammenhang zwischen der Erdölproduktion und der demokratischen Transition in Venezuela ausführlich beleuchtet. Dabei vertritt sie die These, dass der Rentenbezug eine günstige Bedingung für die Konsolidierung der venezolanischen Demokratie bildete, denn sie ermöglichte die Etablierung einer Demokratie mit wenigen Verliererinnen und Verlierern (Karl 1987: 87). Diese Feststellung widerspricht rententheoretischen Einsichten aber ebenso wenig wie der Entwicklungsweg, den Karl sowie Andreas Boeckh (1980: 80-90) bis zum Moment der demokratischen Transition Venezuelas skizzieren – es ist das Moment der Transition selbst, das der Rentierstaats-Ansatz nicht erklären kann.

Karl (1987: 67f) zeigt zunächst, dass der hohe Rentenzufluss in Venezuela spätestens in den 1930er Jahren entwicklungspolitisch dysfunktionale Effekte zeitigte. Die Weltwirtschaftskrise wurde im Gegensatz zu Argentinien, Brasilien und Chile vom venezolanischen Regime nicht zu entwicklungspolitischen Eigenanstrengungen genutzt, d. h. in den 1930er Jahren unternahm Caracas keine systematischen Anstrengungen, die ausfallenden Exporte durch eine Strategie der Importsubstitution zu ersetzen. Wie Boeckh (1980: 84f) zeigt, kam es dann zwar unter der Regierung von General Isaias Medina Angarita zwischen 1941 und 1945 zu einer auf die Dynamisierung des Binnenmarktes fokussierten Entwicklungspolitik. Dieser steinige Weg war aber angesichts der Chancen, die die Renteneinnahmen für eine sofortige Steigerung des Lebensstandards per Verteilungspolitik boten, auf Dauer politisch nicht durchsetzbar. Die nach 1945 regierende Acción Democrática bildete einen Allokationsstaat heraus, weshalb in Venezuela die produktiven Sektoren keine starken sozialen Gruppen hervorbrachten: Weder entwickelte sich ein modernes Bürgertum noch eine starke Arbeiterschicht. Soweit Spannungen innerhalb der kleinen Oberschicht zwischen Agrar-, Finanz- und Industriebürgertum auftraten, wurden sie durch rentenpolitische Verteilungsaktivitäten gelöst (Boeckh 1980: 85; Karl 1987: 86f). Ungeachtet dieser, die Erwartungen des Rentierstaats-Ansatzes erfüllenden sozioökonomischen Entwicklung, kam es im politischen System zu zwei sich gegenseitig verstärkenden Defekten, an denen das Regime schließlich scheitern sollte. Zum einen war der Großgrundbesitz nicht in der Lage, die ländlichen Massen an sich zu binden, weshalb es zu einer Landflucht und zur Herausbildung einer marginalisierten Schicht in den Städten kam. Zum anderen entstand – nicht zuletzt als Folge der expandierenden Erdölbranche – eine moderne Mittelschicht. Diese brachte auch einen neuen Typus politischen Führungspersonals hervor, das die urbanen Marginalisierten organisierte. Schließlich trug die widersprüchliche Politik von General Marcos Pérez Jiménez, der nach dem Putsch von 1948 das Präsidentenamt bekleidete, zum endgültigen Niedergang des Regimes bei (Boeckh 1980: 86; Karl 1987: 70f, 76, 86f).

Diese Entwicklungslinien weisen weitgehende Parallelen zum irakischen, libyschen und iranischen Fall auf. Der entscheidende Unterschied liegt indes darin, dass die Revolutionen in den orientalischen Ländern autoritäre Staatsklassen-Regime hervorbrachten, während sich in Venezuela eine Demokratie entwickelte. Diese war aber nicht primär das Ergebnis zivilgesellschaftlichen Drucks von unten, sondern das Resultat eines Pakts zweier Elitenfraktionen, nämlich der reformorientierten Segmente der Staatsbürokratie sowie der moderaten Teile der Opposition: Im Rahmen des Pakts von Punto Fijo wurde unter Führung von Rómulo Betancourt nicht nur die kommunistische Partei an den Rand gedrängt, sondern dem Militärsektor auch Straffreiheit für seine Taten während der Militärherrschaft zugesichert (Karl 1987: 79, 83, 97f).

Zur Erklärung der venezolanischen Entwicklung muss ein Faktor herangezogen werden, der im Rentierstaats-Ansatz keine genuine Berücksichtigung findet: Der Pakt von Punto Fijo und damit der demokratische *take off* Venezuelas waren das Ergebnis einer günstigen Konstellation zwischen den regierenden und oppositionel-

len Eliten, die eine Kooperation ermöglichte, wohingegen in den orientalischen Fällen die entsprechenden Akteure einander unversöhnlich gegenüberstanden. Folgt man der Transitionstheorie Adam Przeworskis (1991: Kap. 2), muss freilich eher die venezolanische als die orientalische Entwicklung als Ausnahme angesehen werden, denn Erstere hatte zur Voraussetzung, dass sich die moderaten Kräfte sowohl innerhalb der Opposition als auch der Regierung qua Abschluss eines »Demokratischen Pakts« auf das für beide Akteure schmerzhafte und mit Unsicherheiten behaftete Experiment der Demokratie einließen. Karl (1987: 75) zufolge war ein wesentlicher Grund für die gleichsam von oben angestoßene Demokratisierung, dass die venezolanische Opposition in einer früheren Phase, nämlich von 1945 bis 1948, bereits einmal als Juniorpartner an der politischen Macht beteiligt worden war, was einen Lernprozess zugunsten einer Deradikalisierung befördert hatte.

4.3. Entwicklungspolitische Erfolgsgeschichten rentenbeziehender Staaten

Es gibt weltweit nur drei Staaten, die, freilich temporär begrenzt, hohe Renten bezogen und dennoch eine signifikante Entwicklungspolitische Erfolgsgeschichte schrieben, indem sie die Transformation von Entwicklungsländern zu modernen Industrie- bzw. Dienstleistungsgesellschaften bewerkstelligten: Israel, Südkorea und Taiwan. Diese Zahl erscheint absolut betrachtet eher gering, angesichts der global sehr wenigen Länder, die im 20. Jahrhundert ihre Unterentwicklung zu überwinden vermochten, stellt sie den Rentierstaats-Ansatz gleichwohl vor eine gravierende Herausforderung. Auch Botsuana schrieb eine Entwicklungspolitische Erfolgsgeschichte, die es zu diskutieren gilt.

4.3.1. Israel: Entwicklungsorientierung der politischen Eliten

Durch welche Faktoren lässt sich die Entwicklung in Israel erklären? Im Unterschied zu Norwegen koinzidieren in diesem Falle nämlich Unabhängigkeit, Entwicklungsorientierung und Rentenbezug. Erstens zeichnet sich Israel wie auch Taiwan und Südkorea dadurch aus, dass die Renteneinnahmen nur in kurzen Phasen eine Höhe erreichten, die rentierstaatliche Dimensionen aufwiesen, und dies auch nur in schwacher Ausprägung. Da der zionistischen Elite der temporäre Charakter der deutschen Hilfszahlungen bewusst war, lag eine besondere Motivation vor, eine produktive Ökonomie herauszubilden. Zweitens war die jüdische Siedlungsbewegung stark von der zionistischen Ideologie geprägt, die darauf zielte, dem jüdischen Volk gerade auch im wirtschaftlichen Bereich größtmögliche Autonomie zu verschaffen (Eisenstadt 1967: Kap. 2-3). Zwar zeichnete sich die israelische Ökonomie zumindest im 20. Jahrhundert durch einige rentistische Merkmale aus – insbesondere war die bürokratische Kontrolle der Wirtschaft sowie die Lücke zwischen dem Niveau der Produktivität und dem Lebensstandard, legt man OECD-Maßstäbe zugrunde, hoch (Barkai 1984: 3-5). Der Grundstein dafür, dass Israel zu den wirt-

schaftlich am höchsten entwickelten und wohlhabendsten Ländern der Welt gehört, wurde aber durch die dynamische Binnenökonomie gelegt.

4.3.2. Republik Korea: Wirtschaftswunder infolge sinkender und konditional vergebener Renten

Südkorea war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Empfänger externer Hilfsleistungen in großem Umfang. Von 1946 bis 1978 wurden Seoul von den USA fast sechs Milliarden US-Dollar an Wirtschaftshilfe gewährt, während ganz Afrika im selben Zeitraum nur annähernd sieben und Lateinamerika lediglich knapp fünfzehn Milliarden US-Dollar erhielten. Zieht man die Militärhilfe hinzu, werden die unterschiedlichen Größenordnungen noch deutlicher: Zwischen 1955 und 1978, also in der Ära nach dem Koreakrieg, flossen an Korea und Taiwan insgesamt über neun Milliarden, an Lateinamerika und Afrika zusammen dagegen lediglich etwas mehr als drei Milliarden US-Dollar an Militärhilfe (Cumings 1984: 24).

Der Großteil der über dreißig Jahre an die Republik Korea gewährten Hilfsgelder floss in den 1950er Jahren, und in diesem Zeitraum liegt auch jene Phase, in der die Gelder einen gewichtigen Teil des Staatsbudgets ausmachten. Der Höhepunkt der Zahlungen durch die USA fiel in das Jahr 1957, danach kam es zu einem drastischen Rückgang. Während sich das Staatsbudget in den späten 1950er Jahren zu gut einem Drittel aus Hilfsgeldern sowie ausländischen Krediten zusammensetzte, wurde das Budget seit 1965 zu über 85% aus Steuern finanziert (Menzel 1985: 74, 93).

Das »Wirtschaftswunder« der Republik Korea wurde aber erst nach dem Sturz des Rhee-Regimes 1960 unter der von 1963 bis 1979 währenden Präsidentschaft von Park Chung Hee eingeleitet. In den 1950er Jahren war das Wirtschaftswachstum Südkoreas hingegen gering (Sano 1980: 212f; Luther 1983: 123). Byung-Kook Kim (1988: 233-245) zeigt, dass sich die unter Syngman Rhee herrschende Staatsbürokratie gegenüber den USA als *rent seeker* verhielt und massiv (markt)wirtschaftliche Rationalitäten ignorierte, um in den Genuss höherer externer Zuwendungen zu kommen (vgl. Yi 1988: 133). Diese Strategie wurde von den USA allerdings nur bis 1956 toleriert. Als dann zum einen das strategische Ziel der USA, Südkorea zu stabilisieren, erreicht war, und zum anderen der Kongress gegen die Auslandshilfe mobil machte, ging die Regierung der USA dazu über, die Vergabe der politischen Renten an eine wirtschaftspolitisch effektive Verwendung zu knüpfen (Mason et al. 1980: 195-197).

Bruce Cumings (1984: 27f) betont, dass die in den 1960er Jahren einsetzende Exportorientierung Südkoreas (wie auch Taiwans) programmatisch von den USA formuliert wurde und diese auch großen Einfluss bei der Implementierung ausübten. Auch Ulrich Menzel (1985: 76f, 249) hebt die bedeutende Rolle hervor, die die USA für die Einleitung der erfolgreichen Wirtschaftspolitik der Republik Korea spielten, und stellt, wie auch Dirk Messner (1994: 178), einen kausalen Zusammenhang zwischen dem Rückgang der politischen Renten und dem neuen, erfolgreichen Wirtschaftskurs her.

Die Entwicklung der Republik Korea steht also nicht im Widerspruch zu den Annahmen des Rentierstaats-Ansatzes, sondern bestätigt sie, sofern die intervenierende Variable der Konditionalität, die die freie Disponibilität der Rente aushebelt, berücksichtigt wird. In den 1950er Jahren entwickelte sich in Südkorea ein Rentierstaat, dessen entwicklungspolitische Performanz gering war. Als der Hauptrentengeber die Hilfe stark kürzte und die Verwendung außerdem an eine ökonomisch effektive Verwendung knüpfte, geriet das Land in eine Krise, die erst durch den von Park vollzogenen Politikwechsel bewältigt werden konnte (Kim 1988: 267-271; Kang 1989: 104-106). Bereits Mitte der 1960er Jahre bewegte sich das Niveau der Rentenzahlungen zugunsten des Staatsbudgets der Republik Korea deutlich unter dem für Rentierstaaten charakteristischen Niveau.

4.3.3. Taiwan: Zeitlich begrenzter Rentenfluss und Konditionierungsdruck

Zwar setzte auch in Taiwan die Ära des exportorientierten Wachstums erst in den 1960er Jahren ein, doch im Unterschied zu Südkorea wies die taiwanesische Ökonomie bereits in den 1950er Jahren ein bemerkenswert hohes, auf den Binnenmarkt orientiertes Wachstum auf (Jacoby 1966: 158f; Menzel 1985: 150, 198-200). Obwohl die wirtschaftswissenschaftliche Literatur ein eher skeptisches Urteil darüber abgibt, inwieweit die politischen Rentenzahlungen entwicklungspolitisch positive Effekte für die taiwanesische Ökonomie zeitigten (Scott 1979: 369-378; Amsden 1985: 90f), stellt sich hier doch die Frage, ob die Entwicklung in Taiwan dem Rentierstaats-Ansatz widerspricht.

Die US-Zahlungen zugunsten Taiwans waren im Vergleich zur Hilfe für die Republik Korea auf eine kurze Periode beschränkt, nämlich von 1951 bis 1965. Die größte Bedeutung für das Staatsbudget kam politischen Renten in den Jahren 1952 bis 1955 zu, als sich der Anteil der Hilfszahlungen an den Staatseinnahmen zwischen 24 und 33% bewegte. Eine zweite Hochphase war von 1960 bis 1962 zu verzeichnen, als der Rentenanteil zwischen 21 % und 27 % lag. Mit Ausnahme des Jahres 1957, als sich der Rentenanteil auf 21% belief, machten die Renten in allen anderen Jahren weniger als 20 % der Staatseinnahmen aus (berechnet nach Jacoby 1966: 93f, 283).

Wie erklären sich die Abweichungen von der Erwartung des Rentierstaats-Ansatzes, dass ein hoher Rentenbezug eine produktive ökonomische Entwicklung blockiert? Erstens war jene Periode, in der der taiwanesische Staat über Renteneinkünfte auf dem Niveau eines Rentiers schwacher Ausprägung verfügte, zeitlich eng begrenzt. Wie schon im Falle der südkoreanischen Regierung gesehen, war zweitens auch jene Taiwans ab 1956 einem Konditionierungsdruck seitens der USA ausgesetzt, der bis dahin bei der Vergabe der Hilfe bestenfalls eine untergeordnete Rolle gespielt hatte: Ab 1959 forderten die USA eine Umstellung auf eine Exportorientierung und kündigten unmissverständlich das Auslaufen der Hilfe an (Jacoby 1966: 30-33, 228-230; Ho 1978: 117-119).

4.3.4. *Botsuana: Entwicklungsorientierung und zeitlich begrenzter Fluss politischer Renten durch Großbritannien*

In Botsuana war die Konsolidierung der Demokratie und die Entwicklungsorientierung der politischen Elite bereits weit fortgeschritten (wenn nicht wie im norwegischen Fall bereits abgeschlossen), ehe ein von ökonomischen Renten abhängiger Staat ausgebildet wurde (Mogalakwe 1997: 40-43). Allerdings setzte das »afrikanische Wunder« (Samatar 1999) just mit der Unabhängigkeit ein, als Botsuana ein politischer Rentier starker Ausprägung war. Wie auch im Falle Israels war für die Abweichung von den Erwartungen des Rentierstaats-Ansatz zum einen verantwortlich, dass die Hilfszahlungen zugunsten Botsuanas seitens Großbritanniens nicht auf Dauer angelegt waren. Zum anderen lag bei der politischen Elite eine starke Entwicklungsorientierung vor, was im botsuanischen Fall darauf zurückzuführen ist, dass der Staat mit der Unabhängigkeit unter Führung von Repräsentanten der Rinderökonomie, die seinerzeit das Rückgrat der Wirtschaft bildete, aufgebaut wurde. Außerdem war sich die botsuanische Elite bewusst, dass sie aufgrund der geringen Größe des Landes relative Autonomie nur wahren konnte, sofern sie die doppelte Abhängigkeit von Großbritannien und Südafrika begrenzen würde: Gelang ersteres durch die »zweite«, fiskalische Unabhängigkeit (Harvey/Lewis 1990: 53), so konnte Botsuana qua geschickter Verhandlungsführung, durch die 1969 eine günstige Neuregelung in der Südafrikanischen Zollunion erreicht wurde, seine relative Eigenständigkeit gegenüber Südafrika behaupten (Samatar 1999: 64f).¹⁶

5. *Die Rolle intervenierender Variablen für den Rentierstaats-Ansatz*

5.1. *Drei intervenierende Variablen*

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung Israels und Botsuanas, die ökonomische Entwicklung in Taiwan (und Südkorea) sowie die politische Entwicklung in Venezuela können in signifikanten Perioden nicht mit dem Rentierstaats-Ansatz erklärt werden. In nur einem Fall (Venezuela) trifft die Abweichung einen ökonomischen Rentierstaat starker Ausprägung, in einem weiteren einen politischen Rentier starker Ausprägung (Botsuana), während es sich bei den drei asiatischen Fällen um Rentiers schwacher Ausprägung handelt. Aufgrund der geringen »Fehlerquote« des Rentierstaats-Ansatzes und weil die beiden Hypothesen des Rentierstaats-Ansatzes nicht den Anspruch eines Gesetzes erheben, das seine Wirkung unter allen Kontextbedingungen entfaltet, kann der Ansatz in seiner Substanz als unbeschädigt und die Relevanz intervenierender Variablen anerkannt und berücksichtigt werden.

16 Ablesbar ist dies beispielsweise an der 1976 erfolgten Ablösung des südafrikanischen Rand durch den Pula als eigene Währung. Insbesondere im Arbeitskräftebereich blieb die Abhängigkeit Botsuanas von Südafrika allerdings bestehen (Weimer 1991: 143).

Bei der Diskussion der kritischen Fälle sind bereits einzelne intervenierende Variablen identifiziert worden: im Falle Israels und Botsuanas die demokratische Ausrichtung der politischen Elite sowie deren Orientierung an entwicklungs politischen Werten. In Venezuela war das Vorhandensein eines Elitenpluralismus von entscheidender Bedeutung: Im Moment der Transition waren zwar weder die herrschende Staatselite noch die sie herausfordernde Opposition demokratisch. Um einen Machtkampf auf Biegen und Brechen zu verhindern einigten sie sich aber auf einen »Demokratischen Pakt«. Außerdem zeichnet sich der israelische Fall dadurch aus, dass die zeitliche Begrenzung des Rentenflusses von vornherein feststand. Dieses Charakteristikum teilt Israel mit den beiden anderen asiatischen Fällen und, hinsichtlich der vom Hauptrentengeber vermittelten Erwartungen, auch mit Botsuana. Bei den beiden ostasiatischen Fällen sticht darüber hinaus hervor, dass der Geber der Rente deren Transfer an Konditionen knüpfte. Eine weitere intervenierende Variable, die sich aus dem Vergleich der drei asiatischen Fälle aufdrängt, lässt sich aus einer Beobachtung Michael Barnetts (1992: 161-165; 1996: 124f) ableiten, der darauf aufmerksam macht, dass Israel mit Südkorea und Taiwan das Merkmal einer sicherheitspolitisch prekären Lage teilte: Auch deshalb brachten die drei Systeme Regierungen hervor, die sich gegenüber der eigenen Bevölkerung besonders verantwortlich verhielten und alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für eine effektive und effiziente ökonomische Modernisierung nutzten, um die Wehrhaftigkeit zu optimieren und damit die nationalstaatliche Autonomie zu wahren.

Bündelt man die diskutierten Faktoren, indem von den empirischen Besonderheiten der Einzelfälle abstrahiert wird, ergeben sich drei intervenierende Variable von zentraler Bedeutung: Erstens können die Wirkungen von Renten durch den Faktor »Ideen« beeinflusst werden, konkret durch tief verwurzelte Überzeugungen bei den Rentenempfängern, die eine wirtschaftlich effiziente Verwendung der Finanzmittel und/oder den Aufbau eines demokratischen Systems gebieten. Gleichsam als Schwundstufe kann ein »Demokratischer Pakt« gelten, wie er in Venezuela geschlossen wurde. Mit anderen Worten, unter sonst gleichen Bedingungen verwenden die Empfänger von Renten diese zur Selbstprivilegierung, weil sie ihnen prinzipiell zur freien Verfügung stehen – dieser Mechanismus kann aber durch tief verankerte Ideologien gebrochen werden. Zweitens kann eine äußere Bedrohung der nationalstaatlichen Autonomie die Staatsbürokratie dazu bewegen, die erhaltenen Renten effizient zu verwenden. Als Schwundstufe kann hier gelten, dass, wie im Falle Botsuanas, die nationale Autonomie gegenüber einem übermächtigen Nachbarn nur durch eigene Entwicklungsanstrengungen gewahrt werden kann. Drittens schließlich kann die normale Wirkung der freien Disponibilität von Renten auch dadurch blockiert werden, dass die Rentenempfänger diese nur unter Auflagen erhalten. Als Schwundstufe dieses Zusammenhangs ist zu betrachten, wenn der Geber der Rente von vornherein glaubhaft macht, dass die Transferzahlungen nur über einen eng begrenzten Zeitraum vergeben werden, wie dies in den drei asiatischen Fällen sowie Botsuana der Fall war. Aufgrund der mit dem dritten Aspekt verbundenen politischen Brisanz soll auf diesen Punkt im nun folgenden Abschnitt näher eingegangen werden.

5.2. Zur Konditionierung politischer Renten

Auf absehbare Zeit erscheint eine Konditionierung durch den Geber nur bei politischen, nicht aber bei ökonomischen Renten chancenreich. Die konditionale Vergabe ökonomischer Renten ist zwar logisch keinesfalls ausgeschlossen, setzt aber voraus, dass die Käufer den Markt kontrollieren. Als dies aufgrund des oligopolen, von westlichen Unternehmen dominierten Welterdölmärktes der Fall war, kam es Anfang der 1950er Jahre zu einer – unter imperialen Vorzeichen – erfolgreichen Konditionierung der Erdölrente in Iran: Als das nationalistische Regime von Mohammad Mossadegh den Erdölsektor 1951 nationalisierte, organisierten die großen transnationalen Erdölkonzerns einen Boykott iranischen Erdöls, der das Land an den Rand des Staatsbankrotts brachte, sodass das Regime 1953 keine Widerstandskräfte mehr gegen einen von der CIA unterstützten Putsch besaß, durch den das Pahlavi-Regime restauriert wurde.¹⁷ Seit den 1970er Jahren ist den Konzernen aber die Kontrolle über den globalen Erdölhändel entglitten, sodass realistischerweise nur mehr die Vergabe politischer Renten an Konditionen gebunden werden kann, da diese nicht über Märkte, sondern Staatsbudgets zugewiesen werden.

Hieraus lassen sich drei Schlussfolgerungen entwickeln, die es verdienten, in der weiteren Forschung vertiefte Beachtung zu finden. Erstens erscheint eine gezielte, d. h. von westlichen Akteuren planmäßig geförderte Demokratisierung der Staaten des Vorderen Orients bei den Beziehern politischer Renten sehr viel erfolgversprechender als bei den Erdölstaaten. Freilich ist, wie auch das venezolanische Beispiel lehrt, zweitens zu beachten, dass es bei Erdölstaaten chancenreich sein könnte, die Rahmenbedingungen für einen »Demokratischen Pakt« zu schaffen. Dies wirft ein interessantes Licht auf den Umgang mit dem Islamismus: Zum einen wäre die institutionelle Förderung solcher Segmente des Islamismus, die auf die Anwendung von Gewalt verzichten, im Sinne des Aufbaus eines machtpolitischen Gegengewichts zu den herrschenden Eliten eine günstige Voraussetzung für eine Demokratisierung. Zum anderen aber zeigt der algerische Fall, dass der positive Ausgang eines herrschaftspolitischen Patts keinesfalls als gesichert anzusehen ist: Sofern sich nicht sowohl bei der herrschenden Elite als auch der herausfordernden Gegenelite die moderaten Segmente durchsetzen, kann es statt zu einer Demokratisierung zu einem Bürgerkrieg kommen. Drittens schließlich stellt sich die Frage nach den Erfolgsbedingungen der Konditionierung politischer Renten: Die gelungenen Konditionierungspolitiken im Falle Südkoreas und Taiwans kontrastieren deutlich mit jüngeren Programmen des Westens, in Rentiersystemen insbesondere im Vorderen Orient Demokratisierung zu befördern. Vor dem Hintergrund der transatlantischen *Broader Middle East Initiative* stellt sich der vergleichenden Regionalforschung hier eine sowohl aus wissenschaftlicher als auch politischer Perspektive interessante Herausforderung.

17 Ein weiteres Beispiel liefert Mexiko in der Spätphase der Revolution: Als die mexikanische Regierung unter Lázaro Cárdenas den Erdölsektor 1938 nationalisierte, organisierten die Konzerns einen Boykott, der dazu beitrug, dass das Land seine Rolle als bedeutender Erdölexporteur für Jahrzehnte verlor (Hamilton 1982: Kap. 7).

6. Resümee

Die Analyse hat ergeben, dass sich der Rentierstaats-Ansatz in weit geringerem Maße mit abweichenden Fällen konfrontiert sieht, als dies auf den ersten Blick den Anschein hat. Entgegen einer in negativen Kritiken des Rentierstaats-Ansatzes häufig vertretenen Position haben sich unter sonst gleichen Bedingungen die Hypothesen des Ansatzes bewährt. Es ist lediglich ein Fall ermittelt worden, bei dem eine konsolidierte Staatsklasse gestürzt wurde, ohne dass sich das Regime mit einer Rentenkrise konfrontiert sah: Iran 1979. Die Iranische Revolution brachte freilich neuerlich ein staatsbürokratisches Rentiersystem hervor, weshalb kein Widerspruch zu den Prognosen des Rentierstaats-Ansatzes besteht.

Da es keine These des Ansatzes ist, dass die Regime von Rentierstaaten eine gegenüber nicht-rentistischen Systemen der Dritten Welt überdurchschnittlich hohe Stabilität aufweisen, stehen die Revolutionen im Irak 1958, in Libyen 1970 sowie in Iran 1979 nicht im Widerspruch zu den Hypothesen des Rentierstaats-Ansatzes. Zwar wurden hier Staatsbürokratien, die über hohe Renteneinnahmen verfügten, von der Macht verdrängt, dabei aber jeweils von politischen Eliten abgelöst, die neuerlich Systeme etablierten, deren Ausformung die Hypothesen des Rentierstaats-Ansatzes bestätigt. Die gescheiterte Revolution in Algerien wiederum war Folge einer Rentenkrise, und für eine solche prognostiziert der Ansatz ausdrücklich keine Stabilität.

Es ist aber auch gezeigt worden, dass es mit Botsuana, Israel und Venezuela drei Fälle in der Geschichte gibt, bei denen Rentiers eine demokratische Entwicklung nahmen. Im Falle Israels und Botsuanas konnte dieser Befund mit der vom Geber glaubhaft vermittelten kurzen Dauer des Rentenflusses sowie der partizipatorischen Orientierung der politischen Elite plausibel gemacht werden. Im venezolanischen Fall konnte gezeigt werden, dass dessen demokratische Transition auf eine spezifische Konstellation zurückzuführen war, in der die moderaten Segmente zweier um die Herrschaft konkurrierender, nicht-demokratischer Eliten aus pragmatischen Gründen einen »Demokratischen Pakt« schlossen. Politisch verweist der Fall Venezuela vor dem Hintergrund des seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 prominenten Ziels der Demokratisierung des Vorderen Orients darauf, dass die bisherige Forschung zum Rentierstaats-Ansatz die theoretische Möglichkeit unterschätzt hat, dass sich Demokratien aus einem Elitenpakt heraus entwickeln, an dem keine überzeugten Demokraten und Demokratinnen beteiligt sein müssen.

Vier Staaten schrieben entwicklungspolitische Erfolgsgeschichten, obwohl sie temporär über hohe Rentenflüsse verfügten: Botsuana, Israel, Südkorea und Taiwan. Jeweils konnten mächtige intervenierende Variable identifiziert werden: In Israel und Botsuana war die Entwicklungsorientierung der Elite ausgeprägt, und in den beiden ostasiatischen Fällen konnte gezeigt werden, dass die USA die Vergabe der Hilfszahlungen in kritischen Phasen daran banden, dass sie in entwicklungspolitisch effektiver Weise verwendet wurden. In den drei asiatischen Fällen sahen sich die Regierungen starken sicherheitspolitischen Bedrohungen ausgesetzt, die hohe Anreize für eine effektive Ressourcenverwendung setzten. Auch die Betrachtung

rentenbeziehender Staaten, die entwicklungspolitische Erfolgsgeschichten schrieben, stellt den Rentierstaats-Ansatz demnach nicht vor gravierende Probleme, verweist aber auf die Relevanz intervenierender Variablen, die besondere Beachtung verdienen. So hat die Analyse von Südkorea und Taiwan gezeigt, dass die Konditionierung der Rentenvergabe einen erheblichen Einfluss auf die Systementwicklung nehmen kann. Damit ist auch der Bogen zu einer politisch brisanten Frage geschlagen: Inwieweit ist die Konditionierung politischer Renten ein Mittel, durch dessen Anwendung westliche Akteure das weithin geteilte Ziel der Demokratisierung des Vorderen Orients fördern könnten?

Literatur

- Amsden, Alice H.* 1985: The State and Taiwan's Economic Development, in: Evans, Peter B./Rueschemeyer, Dietrich/Skocpol, Theda (Hrsg.): Bringing the State Back In, Cambridge, 78-106.
- Barkai, Haim* 1984: The Israeli Economy in the Past Decade, in: The Jerusalem Quarterly 32, 3-15.
- Barnett, Michael N.* 1992: Confronting the Costs of War: Military Power, State, and Society in Egypt and Israel, Princeton, NJ.
- Barnett, Michael N.* 1996: Israel in the World Economy, in: Barnett, Michael N. (Hrsg.): Israel in Comparative Perspective: Challenging the Conventional Wisdom, Albany, NY, 107-140.
- Basedau, Matthias* 2005: Context Matters – Rethinking the Resource Curse in Sub-Saharan Africa (GIGA Working Papers Global and Area Studies Nr. 1), in: www.giga-hamburg.de/workingpapers; 31.10.2006.
- Batatu, Hanna* 1978: The Old Social Classes and the Revolutionary Movements of Iraq: A Study of Iraq's Old Landed and Commercial Classes and of Its Communists, Ba'thists, and Free Officers, Princeton, NJ.
- Beblawi, Hazem/Luciani, Giacomo* (Hrsg.) 1987: The Rentier State, London.
- Beck, Martin* 1994: Die Iranische Revolution und das Pahlavi-Regime, in: Asien, Afrika, Lateinamerika 22: 1, 1-16.
- Beck, Martin* 2002: Friedensprozeß im Nahen Osten. Rationalität, Kooperation und politische Rente im Vorderen Orient, Wiesbaden.
- Beck, Martin* 2003: Resistance to Globalization and Limited Liberalization in the Middle East, in: Barrios, Harald/Beck, Martin/Boeckh, Andreas/Segbers, Klaus (Hrsg.): Resistance to Globalization: Political Struggle and Cultural Resilience in the Middle East, Russia, and Latin America, Münster, 14-33.
- Beck, Martin/Schlumberger, Oliver* 1999: Der Vordere Orient – ein entwicklungspolitischer Sonderfall?, in: Pawelka, Peter/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Der Vordere Orient an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, Opladen, 57-79.
- Bill, James A.* 1982: Power and Religion in Revolutionary Iran, in: Middle East Journal 36: 1, 22-47.
- Boeckh, Andreas* 1980: Grundrente und Staat. Argentinien und Venezuela im 19. und 20. Jahrhundert, in: Hanisch, Rolf/Tetzlaff, Rainer (Hrsg.): Historische Konstitutionsbedingungen des Staates in Entwicklungsländern, Frankfurt a. M., 47-98.
- Boeckh, Andreas* 1988: Die Schuldenkrise und die Krise des bürokratischen Entwicklungsstaates in Venezuela, in: Politische Vierteljahrsschrift 29: 4, 636-655.
- Boeckh, Andreas/Hörmann, Marion* 1995: Venezuela, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Band 2: Südamerika, 3. Auflage, Bonn, 516-543.
- Boeckh, Andreas/Pawelka, Peter* (Hrsg.) 1997: Staat, Markt und Rente in der internationalen Politik, Opladen.

- Brandt, Hubertus* 2005: Rohstoffreichtum – Fluch oder Segen?, in: IW-Trends 32: 1, 33-43.
- Bromley, Simon* 1994: Rethinking Middle East Politics: State Formation and Development, Cambridge.
- Brynen, Rex/Korany, Bahgat/Noble, Paul* 1995: Introduction: Theoretical Perspectives on Arab Liberalization and Democratization, in: Brynen, Rex/Korany, Bahgat/Noble, Paul (Hrsg.): Political Liberalization and Democratization in the Arab World, Band 1: Theoretical Perspectives, Boulder, CO, 3-28.
- Buchanan, James M.* 1980: Rent Seeking and Profit Seeking, in: Buchanan, James M./Tollison, Robert D./Tullock, Gordon (Hrsg.): Toward a Theory of the Rent-Seeking Society, College Station, TX, 3-15.
- Chatelus, Michel/Schemeil, Yves* 1984: Towards a New Political Economy of State Industrialization in the Arab Middle East, in: International Journal of Middle East Studies 16, 251-265.
- Colclough, Christopher/McCarthy, Stephen* 1980: The Political Economy of Botswana: A Study of Growth and Distribution, Oxford.
- Cumings, Bruce* 1984: The Origins and Development of the Northeast Political Economy: Industrial Sectors, Product Cycles, and Political Consequences, in: International Organization 38: 1, 1-40.
- Davis, Eric* 1991: Theorizing Statecraft and Social Change in Arab Oil-Producing Countries, in: Davis, Eric/Gavrielides, Nicolas (Hrsg.): Statecraft in the Middle East: Oil, Historical Memory, and Popular Culture, Miami, FL, 1-35.
- Delacroix, Jacques* 1980: The Distributive State in the World System, in: Studies in Comparative International Development 15: 3, 3-21.
- Eckstein, Harry* 1975: Case Study and Theory in Political Science, in: Greenstein, Fred I./Polksky, Nelson W. (Hrsg.): Handbook of Political Science, Band 7: Strategies of Inquiry, Reading, 79-137.
- Eisenstadt, S. N.* 1967: Israeli Society, London.
- El-Kikhia, Mansour O.* 1997: Libya's Qaddafi: The Politics of Contradiction, Gainesville, FL.
- Elsenhans, Hartmut* 1981: Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt, Frankfurt a. M.
- Elsenhans, Hartmut* 2001: Das Internationale System zwischen Zivilgesellschaft und Rente, Münster.
- Elsenhans, Hartmut* 2005: Globalisierung von Profit oder Globalisierung von Rente, in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften 55: 3, 263-289.
- Entelis, John P.* 1980: Comparative Politics of North Africa: Algeria, Morocco and Tunisia, Syracuse, NY.
- Ewell, Judith* 1984: Venezuela: A Century of Change, Stanford, CA.
- Farouk-Sluglett, Marion/Sluglett, Peter* 1991: Der Irak seit 1958. Von der Revolution zur Diktatur, Frankfurt a. M.
- Fatemi, Khosrow* 1982: Leadership by Distrust: The Shah's Modus Operandi, in: Middle East Journal 36: 1, 48-61.
- First, Ruth* 1980: Libya: Class and State in an Oil Economy, in: Nore, Petter/Turner, Terisa (Hrsg.): Oil and Class Struggle, London, 119-141.
- Fürtig, Henner* 1996: Liberalisierung als Herausforderung. Wie stabil ist die Islamische Republik Iran?, Berlin.
- Fürtig, Henner* 2007: Iranischer Antisemitismus unter Ahmadinejad. Alter Wein in neuen Schläuchen?, in: Wetzel, Julianne/Benz, Wolfgang (Hrsg.): Antisemitismus. Geschichte und Strukturen, Band 4: Antisemitismus und radikaler Islamismus, Berlin, i. E.
- Gatter, Peer* 1998: Khomeinis Erben. Machtpolitik und Wirtschaftsreformen in Iran, Münster.
- Gause III, F. Gregory* 1995: Regional Influences on Experiments in Political Liberalization in the Arab World, in: Brynen, Rex/Korany, Bahgat/Noble, Paul (Hrsg.): Political Liberalization and Democratization in the Arab World, Band 1: Theoretical Perspectives, Boulder, CO, 283-306.
- Gellner, Ernest* 1992: Der Islam als Gesellschaftsordnung, Stuttgart.

- Halevi, Nadav/Klinov-Malul, Ruth* 1968: The Economic Development of Israel, New York, NY.
- Halliday, Fred* 1988: The Iranian Revolution: Uneven Development and Religious Populism, in: Halliday, Fred/Alavi, Hamza (Hrsg.): State and Ideology in the Middle East and Pakistan, Hounds Mills, 31-63.
- Hamilton, Nora* 1982: The Limits of State Autonomy: Post-Revolutionary Mexico, Princeton, NJ.
- Harvey, Charles/Lewis, Stephen R. jun.* 1990: Policy Choice and Development Performance in Botswana, Hounds Mills.
- Ho, Samuel P. S.* 1978: Economic Development of Taiwan, 1860-1970, New Haven, CT.
- Jacoby, Neil H.* 1966: U.S. Aid to Taiwan: A Study of Foreign Aid, Self-Help and Development, New York, NY.
- Jefferis, Keith.* 1998: Botswana and Diamond-Dependent Development, in: Edge, W. A./Lekorwe, M. H. (Hrsg.): Botswana: Politics and Society, Hatfield, 300-318.
- Jefferis, Keith* 1999: The 1999 Botswana Budget, in: BIDPA (Botswana Institute for Development Policy Analysis) Special Briefing Nr. 2 (http://www.bidpa.bw/docs/bidpa_briefing/BUDGET%20BRIEFING%201999_00.pdf; 16.01.2007).
- Kang, Chong-Sook* 1989: Süd-Korea. Militärgesimme und weltmarktorientierte Industrialisierung im Schutz US-amerikanischer Interessen, in: Steinweg, Reiner (Hrsg.): Militärgesimme und Entwicklungspolitik, Frankfurt a. M., 104-120.
- Karl, Terry Lynn* 1987: Petroleum and Political Pacts: The Transition to Democracy in Venezuela, in: Latin American Research Review 22: 1, 63-94.
- Karl, Terry Lynn* 1997: The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-States, Berkeley, CA.
- Karshenas, Massoud* 1990: Oil, State and Industrialization in Iran, Cambridge.
- Kienle, Eberhard* 1998: More than a Response to Islamism: The Political Deliberalization of Egypt in the 1990s, in: Middle East Journal 52: 2, 219-235.
- Kim, Byung-Kook* 1988: Bringing and Managing Socioeconomic Change: The State in Korea and Mexico, Ann Arbor, MI.
- Korany, Bahgat* 1986: Political Petrolism and Contemporary Arab Politics, 1967-1983, in: Journal of Asian and African Studies 21: 1-2, 66-80.
- Luciani, Giacomo* 1987: Allocation vs. Production States: A Theoretical Framework, in: Beblawi/Luciani 1987, 63-82.
- Luciani, Giacomo* 1995: Resources, Revenues and Authoritarianism in the Arab World: Beyond the Rentier State, in: Brynen, Rex/Korany, Bahgat/Noble, Paul (Hrsg.): Political Liberalization and Democratization in the Arab World, Band 1: Theoretical Perspectives, Boulder, CO, 211-227.
- Luther, Hans U.* 1983: Republik Korea (Südkorea), in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Band 8: Ostasien und Ozeanien. Unterentwicklung und Entwicklung, 2. Auflage, Hamburg, 115-142.
- Mahdavi, Hossein* 1970: Patterns and Problems of Economic Development in Rentier States: The Case of Iran, in: Cook, M. A. (Hrsg.): Studies in the Economic History of the Middle East: From the Rise of Islam to the Present Day, London, 428-467.
- Maipose, Gervase S.* 2003: Economic Development and the Role of the State in Botswana, in: DPMN (Development Policy Management Network) Bulletin 10: 2 (www.dpmf.org; 02.01.2007).
- Mason, Edward S./Kim, Mahn Je/Perkins, Dwight H./Kim, Kwang Suk/Cole, David S.* (mit Jones, Leroy/Sakong, Il/Snodgrass, Donald R./McGinn, Noel F.) 1980: The Economic and Social Modernization of the Republic of Korea, Cambridge, MA.
- Mbaku, John/Paul, Chris* 1989: Political Instability in Africa: A Rent-Seeking Approach, in: Public Choice 63, 73-78.
- McBeth, B. S.* 1983: Juan Vicente Gómez and the Oil Companies in Venezuela, 1908-1935, Cambridge.
- Menzel, Ulrich* 1985: In der Nachfolge Europas. Autozentrierte Entwicklung in den ostasiatischen Schwellenländern Südkorea und Taiwan, München.

- Messner, Dirk* 1994: Republik Korea (Südkorea), in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Band 8: Ostasien und Ozeanien, 3. Auflage, Bonn, 168-211.
- Meyer, Lutz* 1985: Die Islamische Republik Iran – ein Beispiel für autozentrierte Entwicklung und Dissoziation?, in: Orient 26: 3, 389-406.
- Mogalakwe, Monageng* 1997: The State and Organised Labour in Botswana: »Liberal Democracy« in Emergent Capitalism, Aldershot.
- Molomo, M. G.* 1998: The Role and Responsibilities of Members of Parliament in Facilitating Good Governance and Democracy, in: Edge, W. A./Lekorwe, M. H. (Hrsg.): Botswana: Politics and Society, Hatfield, 199-212.
- Mommer, Bernard* 1983: Die Ölfrage. Die Bedeutung der Grundrente in der Petroleumproduktion, Baden-Baden.
- Najmabadi, Afsaneh* 1987: Depoliticisation of a Rentier State: The Case of Pahlavi Iran, in: Beblawi/Luciani 1987, 211-227.
- Neelsen, John P.* 1997: Rente und Rentierstaat in der internationalen Politik. Konzept – Empirie – Kritik, in: Boeckh/Pawelka 1997, 121-155.
- Norwegisches Finanzministerium* 2005: The Revised National Budget 2005, in: <http://www.statsbudsjettet.dep.no/Revidert-2005/English/>; 30.11.2006.
- Ouaissa, Rachid* 2005: Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt. Struktur, Entwicklung und Aufbau der Staatsklasse am Beispiel Algeriens, Münster.
- Parson, Jack* 1985: The »Labor Reserve« in Historical Perspective: Toward a Political Economy of the Bechuanaland Protectorate, in: Picard, Louis A. (Hrsg.): The Evolution of Modern Botswana, London, 40-57.
- Pawelka, Peter* 1993: Der Vordere Orient und die Internationale Politik, Stuttgart.
- Peters, Pauline E.* 1994: Dividing the Commons: Politics, Policy and Culture in Botswana, Charlottesville, VA.
- Przeworski, Adam* 1991: Democracy and the Market: Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge.
- Richards, Alan/Waterbury, John* 1996: A Political Economy of the Middle East, 2. Auflage, Boulder, CO.
- Robinson, Glenn E.* 1997: The Growing Authoritarianism of the Arafat Regime, in: Survival 39: 2, 42-56.
- Ron, James* 2005: Paradigm in Distress? Primary Commodities and Civil War, in: Journal of Conflict Resolution 49: 4, 443-450.
- Ross, Michael L.* 2001: Does Oil Hinder Democracy?, in: World Politics 53, 325-361.
- Ross, Michael L.* 2004: What Do We Know About Natural Resources and Civil War?, in: Journal of Peace Research 41: 3, 337-356.
- Ruf, Werner* 1997: Die algerische Tragödie. Vom Zerbrechen des Staates in einer zerrissenen Gesellschaft, Münster.
- Samatar, Abdi Ismail* 1999: An African Miracle: State and Class Leadership and Colonial Legacy in Botswana Development, Portsmouth, NH.
- Sano, John R.* 1980: Foreign Capital and Investment, in: Park, Sung-Jo/Shin, Taiwhan/Zo, Ki Zun (Hrsg.): Economic Development and Social Change in Korea, Frankfurt a. M., 212-229.
- Schmid, Claudia* 1991: Das Konzept des Rentier-Staates. Ein sozialwissenschaftliches Paradigma zu Analyse von Entwicklungsgesellschaften und seine Bedeutung für den Vorderen Orient, Münster.
- Scott, Maurice* 1979: Foreign Trade, in: Galenson, Walter (Hrsg.): Economic Growth and Structural Change in Taiwan: The Postwar Experience of the Republic of China, Ithaca, NY, 308-383.
- Skocpol, Theda* 1979: States and Social Revolutions: A Comparative Analysis of France, Russia and China, Cambridge.
- Smoot, Kaitlyn* 2006: The Gem of Africa: A First-Hand Look into Botswana's Economic Development, in: www.wm.edu/charlescenter/?id=6644; 16.1.2007.

- Telhami, Shibley* 1990: Power and Leadership in International Bargaining: The Path to the Camp David Accords, New York, NY.
- Tibi, Bassam* 1985: Der Islam und das Problem der kulturellen Bewältigung sozialen Wandels, Frankfurt a. M.
- Trimberger, Ellen Kay* 1978: Revolution from Above: Military Bureaucrats and Development in Japan, Turkey, Egypt and Peru, New Brunswick, NJ.
- Waterbury, John* 1994: Democracy Without Democrats? The Potential for Political Liberalization in the Middle East, in: Salamé, Ghassan (Hrsg.): Democracy Without Democrats? The Renewal of Politics in the Muslim World, London, 23-47.
- Weimer, Bernhard* 1991: Botswana. Afrikanisches Wirtschaftswunder oder unterentwickeltes Quasi-Homeland Südafrikas?, in: Altheimer, Gabriele/Hopf, Veit Dietrich/Weimer, Bernhard (Hrsg.): Botswana. Vom Land der Betschuanen zum Frontstaat. Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Münster, 131-152.
- Wolffsohn, Michael* 1983: Politik in Israel. Entwicklung und Struktur des politischen Systems, Opladen.
- Wolffsohn, Michael/Bokovoy, Douglas* 1996: Israel. Geschichte – Politik – Gesellschaft – Wirtschaft (1882-1996), 5. Auflage, Opladen.
- Yi, Guk-Yueng* 1988: Staat und Kapitalakkumulation in ostasiatischen Ländern. Ein Vergleich zwischen Korea und Taiwan, Saarbrücken.
- Zekri, Sonja* 2006: Staaten in Rente, in: Süddeutsche Zeitung, 1.2.2006 (www.sueddeutsche.de/tt4m2/kultur/artikel/361/69292/; 26.02.2006).